In diesem Zwischenruf vertritt Frank Blenz die These, dass aus dem Brettspiel Monopoly Ernst geworden sei. Exemplarisch für die Bundesrepublik stehe „unsere Hauptstadt Berlin, wo vielleicht am gierigsten um die Ware Haus und Wohnen rücksichtslos Kasse gemacht“ werde. Der soziale Frieden sei nicht nur gefährdet, sondern aufgekündigt. Die Interessen und Rechte der Mieter, der Berliner Bürger würden „auf der Strecke“ bleiben. Im schlimmsten Fall lande man auf der Straße. Diese Fälle würden zunehmen. Wir danken für die interessanten Zuschriften. Es folgt nun eine Auswahl der Leserbriefe, für Sie zusammengestellt von **Christian Reimann**.

---

1. Leserbrief

Sehr geehrte Nachdenkseiten,

ein sehr treffender Artikel von Frank Blenz. So wie in Berlin sieht es mittlerweile ja in allen deutschen Großstädten aus. Schande!

Der Artikel zeigt auch deutlich, dass sogenannte Volksentscheide nur scheindemokratische Feigenblätter sind, deren Ergebnisse durch die Machtelite problemlos übergangen werden können.

Die USA machen’s vor, und die dortigen Entwicklungen kommen dann mit immer kürzeren Phasenverschiebungen bei uns an. Solange das Faustrecht gilt, wird sich bei uns nichts ändern, leider.

Freundliche Grüße, und weiter so, Wolfgang Blendinger

---

2. Leserbrief

Lieber Herr Blenz,

vielen Dank für den Artikel, der eine traurige Entwicklung realistisch beschreibt. Und es wird nicht besser. Ich wurde in Berlin geboren, doch meine Heimatstadt existiert nicht mehr. Mittlerweile lebe ich im Ausland.

Ich möchte Sie lediglich darauf hinweisen, dass mit Blick auf das Brettspiel Monopoly nicht

etwas aus Spiel Ernst geworden ist, sondern sich Geschichte wiederholt, für die das Spiel ein Zeitzeuge ist. Der Vorfahre des Spiel sollte um 1900 herum auf die negativen Auswirkungen der Immobilienzustände in den damaligen USA aufmerksam machen, um den Protest dagegen anzuregen.

Ich hab’s mal in einem Buch gelesen, ich glaube “It’s All a Game. The History of Board Games from Monopoly to Settlers of Catan” von Tristan Donovan (us.macmillan.com/books/9781250082725/itsallagame), doch man kann’s auch einfach in Wikipedia (en.wikipedia.org/wiki/History_of_Monopoly) und den verlinkten Quellen lesen.

Das Empörende an den Zuständen in Berlin (und nicht nur dort) ist ja, dass hier nicht etwa eine nie dagewesene, unvorhersehbare Dynamik seinen Lauf nimmt, sondern dass man in der Welt und in der Geschichte schon vielfach beobachten konnte und kann, wohin das alles führt – und dass zahllose Konzepte existieren und (im Land und vor allem im Bund) ignoriert werden, die die Lage verbessern würden.

Beste Grüße
Sascha M.

---

3. Leserbrief

Geschätztes NDS-Team, sehr geehrter Herr Blenz,

in dem Beitrag geht es auch um die Ignoranz von CDU/SPD gegenüber dem Volksentscheid “Deutsche Wohnen & Co. enteignen”. Aber dieser Begriff wird insofern als irreführend angesehen, weil er völlig ausblendet, wie diese “Deutsche Wohnen” entstanden ist, nämlich durch das Verramschen – präziser formuliert: das Verschenken – von Staatseigentum gewissermaßen an Heuschrecken (Vergleich mit einer Spezies von Insekten die ganze Länder kahl fressen). Und Staatseigentum ist doch wohl de facto Volkseigentum. Also, real wurde hier durch eine Politmafia zunächst immer erst einmal das Volk enteignet, weshalb es korrekter Weise heißen müßte: diese Volksenteignungen, aus der die “Deutsche Wohnen” entstehen konnte, rückgängig machen.

Diese Form der Volksenteignungen, die sich bekanntlich im Verlauf von Jahrzehnten nicht bloß auf staatseigene Immobilien beschränkte (s. z. B. VEBA in den sechziger und VIAG in den achtziger Jahren), sei an einem Beispiel erläutert, das der Unterzeichnende aus eigenem Erfahren und Erleben aus dem ff kennt. Es handelt sich um die “Deutschbau” eine

einst gemeinnützige Wohnungsbau-Gesellschaft, die sich im Eigentum von Bund und Post befand, und von einem CSU Finanzminister namens Waigel 1997 an eine Holding von Deutsche Bank und VEBA-Immobilien für 1,9 Mrd. DM verramscht wurde. (Hinweis: Holding ist hierbei besonders wichtig, weil das Grunderwerbssteuergesetz vorsorglich insoweit abgeändert wurde, daß, wenn eine Holding in einer bestimmten anteiligen Zusammensetzung Liegenschaften erwirbt, dann die Grunderwerbsteuer entfällt.
Die Deutschbau bestand aus insgesamt 38.675 Wohneinheiten (WE) über Deutschland verteilt mit überwiegend bester Substanz und in vorwiegend guten Wohnlagen. Teilt man jetzt einmal den Kaufpreis der Deutschbau durch die Anzahl der WE, ergibt sich ein bezogener Kaufpreis von rund 50.000 DM/WE. Nachstehend wird belegt, warum man aus guten Gründen nicht bloß von Verramschen von Volkseigentum, sondern exakter von Verschenken reden muß; denn 1/4 der erworbenen WE wurden zu etwa dem 4fachen bezogenen Kaufpreis – das war der “Marktwert” – verkauft (siehe als Beleg ein Exposé im Anhang). Und 3/4 eines solchen Erwerbs hatte man dann quasi für umsonst. Aus der Deutschbau wurde eine “Deutschbau Immobilien Dienstleistungs GmbH”, diese wurde dann Bestandteil einer “Deutschen Annington” (siehe im Anhang: E.ON verkauft Viterra, vormals VEBA) und aus dieser wurde eine “Deutsche Wohnen” und diese gehört jetzt zu “Vonovia”, ein Dax Konzern (Blackrock hält knapp 10 %). Und Mietwucher betrieben alle von Anfang an. Man selbst wurde innerhalb von ca. 5 Jahren 4 mal, auch mit wahrheitswidrigen Angaben zum Wohnwert, wg. Mieterhöhung verklagt – mit wenig Erfolg weil wehrhaft. Und besagte Deutschbau ist nur ein Beispiel von ganz, ganz vielen, durchgeführt nicht nur vom Bund sondern auch Ländern und Kommunen. Und es lief immer nach demselben Strickmuster ab. Mit dem Stichwort “Privatisieren” (lat. Ursprung: privare = stehlen, rauben) und um angeblich den Haushalt zu sanieren, haben sie den Bürger in das kalte Wasser geschmissen, der nun nicht mehr weiß wie er die Wuchermieten finanzieren soll. (…)

Bester Gruß
H. Wohler

---

4. Leserbrief

Moin,

“Monopoly” kommt von “Monopol”, was dem Kapitalismus inhärent ist, sprich: am Ende hat immer einer alles und der Rest nichts. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Immobilien, Automobile oder etwa Supermärkte handelt. Das Schlimmste, wenn einer ein Monopol

besitzt: er kann, mangels Konkurrenz, die Preise diktieren, was sich bei Dingen des täglichen Bedarfs besonders verheerend auswirken kann, weil es hier keine Wahlmöglichkeit gibt.

“Der Staat”, sprich: die uns regierenden Politiker mit dem ganzen Gesetzesgewurschtel im Hintergrund, das idealerweise bei allen zum Einsatz kommt, in der Praxis aber nicht für alle gilt, hätte die Macht, die Bürger vor Wucher zu schützen. Die einfachste Methode: eine vernünftige Obergrenze pro m² Wohnraum. Nehmen wir 5€/m² als Maximum, und Jeder hätte bezahlbaren Wohnraum; Mietpreise darüber gibt es nicht. Dazu Strafzahlungen von 10€/m² ab dem 2. Jahr einer leer stehenden Wohnung (oder auch Büroräume), und die Vermieter hätten Anreize, ihre Buden voll zu kriegen. Dann wäre es egal, ob der Vermieter “Deutsche Wohnen” heißt, eine Börsenheuschrecke ist oder nicht: alles unter einer Rendite von 6-8% wird dann uninteressant. Dann hätten auch reiche Unternehmen keine Anreize, mit illegalen Mitteln Mieter loswerden zu wollen. Auch die Eigenbedarfsklausel muß verschärft werden: einfach nur anzugeben, “ich brauche die Wohnung”, genügt nicht. Hier muß ein schlüssiger Nachweis her, daß man tatsächlich keine andere Bleibe zu vernünftigen Konditionen finden kann, um Mißbrauch vorzubeugen. Schlußendlich nimmt ein Mensch dem anderen Wohnraum weg. Auch sollte der Mietzins für das verwendet werden, wozu er einst gedacht war: als Ausgleich für notwendige Renovierungsarbeiten, weil sich der Wohnraum über die Zeit abnutzt, und nicht als Profit für Geldgierige.

Solange die Politik mit der Wirtschaft kuschelt (was in den letzten Jahrzehnten enorm intensiviert wurde), wird sie sich eher an den “Bedürfnissen” der Konzerne ausrichten anstatt am Bürger. Die einzige Sorge, die Politiker umtreibt, ist die Frage, wie sie die Bürger am besten belügen, ganz bewußt nicht in deren Auftrag, sondern sogar diametral gehandelt zu haben. Heuer steht man für Konzerngewinne ein, nicht für das Wohlergehen der Bürger, obwohl man vorgab, bei Amtsantritt genau dafür zu sorgen. Daß ausgerechnet Berlin die häßliche Fratze des durchtriebenen Kapitalismus zeigt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie, stinkt der Fisch vom Kanzleramt, äääh, vom Kopf her. Hier kommt zum Mietwucher der heruntergewirtschaftete ÖPNV hinzu. Für den Rest der Republik bedeutet das: Hier handelt es sich um ein abschreckendes Beispiel, also bitte nicht nachmachen!

Übrigens ist eine gute Strategie beim Monopoly der Erwerb des Straßenzuges vor Parkstraße & Schloßallee: Rathausplatz, Hauptstraße, Bahnhofstraße. Hier ist die Wahrscheinlichkeit deutlich größer, daß sich jemand dorthin verirrt, und die Mieten sind nur unwesentlich geringer. Wenn Sie auch noch alle 4 Bahnhöfe besitzen, dann haben Sie im Grunde bei jeder passierenden Spielfigur sichere Einnahmen. Damit dürfte einem dann auch der Besitz von Parkstraße & Schloßallee gesichert sein, so daß man mit diesem teuersten Straßenzug jede Geldbörse klein kriegt. Zum Glück stehen die Verlierer beim

Spiel “Monopoly” nicht tatsächlich auf der Straße…

Mit freundlichen Grüßen,
Michael Schauberger

---

5. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum Artikel “Berlin – Hauptstadt des kaputten Mietmarktes und der Obdachlosigkeit” möchte ich Ihnen einige Anmerkungen der bösen Realität schicken.

Da auch ein Volksentscheid durch das deutsche Grundgesetz eingeschränkt wird, das den Schutz des Eigentums garantiert, stehen der in diesem Entscheid gewünschten Enteignung von Wohnungsgesellschaften erst mal massive rechtliche Hindernisse entgegen. Es reicht keineswegs aus, dass man Wohnungsbedarf erklärt, um Besitzer zu enteignen. Dazu müßte die Bundesregierung einen für ganz Deutschland gültigen Rechtsrahmen schaffen, der u.A. eine Änderung des Grundgesetzes einschließt.
Eine ersatzlose Enteignung würde nicht nur deutsches Recht brechen, sondern auch EU-Recht. Das könnte für Deutschland seeehr teuer werden.

Bei einem Wertersatz, dürfte der Verkehrswert des Eigentums zum tragen kommen – Berlin ist jetz schon pleite, woher sollte das Geld dafür kommen?

Schlimmer noch – diese ‘Investition’ schafft keine einzige neue Wohnung sondern erzeugt nur einen Eigentümerwechsel. Die bestehenden Mietverträge gelten ja weiterhin und die in den nun staatlichen Wohnungen lebenden Menschen lösen sich ja nicht in Luft auf!

Der aktuell schon sehr beschränkte private Wohnbau, würde damit voll zum Erliegen kommen, da in einem solchen Staat garantiert keine Wohnbauinvestitionen mehr von privater Hand getätigt würden.

Da Baufirmen auch von einem staatlichen Auftraggeber Geld sehen wollen, bevor sie anfangen Ziegelsteine aufeinander zu türmen, hängt bei einer solchen Konstruktion das Bauvolumen vom Budget des Staates ab. Beim aktuellen Haushaltsdefizit des Bundes bzw. der Stadt Berlin dürften dann eher Zeltlager statt Wohnungen entstehen.

Ohne Geld ka Musi, wie man bei uns in Österreich sagt. Ohne das Geld privater Investoren,

die sich eine entsprechende Rendite erwarten dürfen, wird schlicht nicht gebaut.
Man könnte natürlich auch die Baufirmen verstaatlichen und die Mitarbeiter zum Baudienst zwangsverpflichten. Wenn man diesen weg zur DDR 2.0 gehen will, lassen sie es uns in Österreich rechtzeitig wissen. Deutsche Wirtschaftsmigranten mit entsprechendem Kapital sind hier immer willkommen.

Wie toll die rein staatliche Wohnungsversorgung funktioniert, sollte eigentlich in Deutschland auf Grund der Erfahrungen mit der DDR und den Wartezeiten bei der Wohnungszuweisung in den tollen Plattenbauten bekannt sein.

Wir in Wien gehen da andere Wege – und auch die sind nicht problemlos. Hier tritt die Stadt (bzw. das Land Wien) über Genossenschaften als Bauherr in Konkurrenz zum privaten Wohnbau auf. Diese Genossenschaften sind gesetzlich verpflichtet, kostendeckend zu wirtschaften. Das bedeutet sie müssen über Mieteinnahmen oder den Genossenschaftsanteil sowohl die Bau- als auch die Erhaltungskosten erwirtschaften. Das kostenlose Wohnen liefert dieses Modell zwar nicht, es sorgt aber für einen geringeren Anstieg der Mietpreise durch das Konkurrenzprinzip.

Dazu offeriert der Staat zinsgünstige (bzw. zinsfreie) Kredite für private Bauherren, die dafür verpflichtend einen Anteil der neuen Wohnungen zu sozialen Mieten vergeben müssen.

Aus dem Rückfluss dieser Kredite werden weitere Wohnbauaktivitäten gefördert.

Dieses Wiener (bzw. österreichische) Modell funktioniert einigermaßen – eine ideologisch begründete Staatswirtschaft hat noch nie diesen Zustand erreicht.

Hochachtungsvoll
Werner Lischka

---

6. Leserbrief

Liebe NachDenkSeiten-Redaktion,

als Ergänzung zum o.b. Text noch eine historische (1971) Anmerkung von Franz-Josef Degenhardt.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Lohs

> “Das war eine wahre Geschichte. Sie passierte Ende Januar 1970 in Westberlin. Nein, nicht an der Mauer. Das passierte mitten in Westberlin.”

Monopoly
Franz-Josef Degenhardt (1971)

Wagen und Weiber und heiße Regionen
im Fernsehn und lebend auf Bild und Plakat.
Du kommst da nicht ran und du hast Erektionen,
und die Frau zu Hause kriegt dich nicht satt.
Überstunden und Sparn fürn Wagen.
Das große Geld verdienst du nie.
Du schluckst die Wut und die staut sich im Magen.
Da muß sich was ändern, aber du weißt nicht, wie.
Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solln wir vergessen
die solin wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem
ist für einige,
aber nur für sehr wenige, nicht angenehm.
Diese Moritat ist eine wahre Geschichte.
Sie passierte so oder ähnlich am 26. Januar 1970 abends in Westberlin. Nein, nicht an der Mauer. Das passierte mitten in Westberlin. Und das passierte mit zwei Arbeitskollegen, beide 30 Jahre alt, verheiratet ohne Kinder, aber mit Konfession.
Beide aus Westdeutschland, Volksschule, kaufmännische Lehre, Bundes-wehr, dann nach Westberlin, da geheiratet wegen Familiendarlehen. Werksangehörige derselben Firma. Vorstrafen: keine.

Für Achthundertfünfzig acht Stunden am Tage
Arbeit im selben Großraumbüro.
Werkseigene Wohnung in Nachbarlage,
21/2 Zimmer und im Bad ist das Klo.
Und machen genau was sie machen sollen:
Sie machen sich gegenseitig ganz geil
mit Überstunden, Musikschrank so weiter, ‘

und die beiden Fraun machen auch ihren Teil.

Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solin wir vergessen
die solln wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem
ist für einige,
aber nur für sehr wenige, nicht angenehm.

Also die beiden Arbeitskollegen sind Konkurrenten. Warum? Weil das nützt denen, von denen sie ausgenützt werden. Und jetzt wollen die ausgenützten Arbeitskollegen so sein wie die, die sie ausnützen. Was wollen sie sein? Monopolisten. Das geht natürlich nicht in Wirklich-keit. Also spielen sie. Was spielen sie? Sie spielen, und ihre Frauen spielen mit, abends nach Überstunden und wenn im Fernsehen nichts Richtiges ist, dann spielen sie das beliebte Gesellschaftsspiel Monopoly. Zu diesem Spiel gehören: 2 Würfel, 6 Spielfiguren, 32 grüne Häuser, 12 rote Hotels, ein Gemeinschafts- und Ereignisfach, Verschiedenes. Jeder erhält als Anfangskapital 30.000 Mark.

Und hocken am Tisch und die Geldscheine wandern.
Das Spiel ist ernst. Man ist Kapitalist.
Und schon mal hat die ihre Hand bei dem ändern,
mit dem sie nicht verheiratet ist.
Salzstangen, Bier, rote Köpfe und Lachen,
wenn einer paar Häuser verkaufen muß.
Die Würfel rollen. Was willst du da machen?
Alles ist Schicksal, Gewinn und Verlust.

Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solln wir vergessen
die solln wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem
ist für einige,
aber nur für sehr wenige, nicht angenehm.

Aus den Spielregeln von Monopoly: Sinn des Spiels ist es, Besitztümer so günstig zu kaufen, zu vermieten oder zu verkaufen, daß man der Reichste und möglichst Monopolist wird. Wer das meiste besitzt, der hat gewonnen. Und wer am wenigsten besitzt, der hat verloren. Und so war das am 26. Januar 1970 abends in Westberlin: Der eine hatte Überstunden gemacht. Soll Gehaltsaufbesserung kriegen. Weil der*so tüchtig ist. Das sagt die Frau von dem

anderen. Und dann kamen die abends noch rüber aufn Sprung zum Monopoly. Und dann hat der Nicht-so-Tüchtige alle seine Besitztümer an den Tüchtigen ver-loren. Und dann sieht er noch, wie seine Frau dem Tüchtigen mit ner Salzstange an der Hose rumfummelt. Und da war es dann soweit.

Hat an dem Tisch die Flasche zerschlagen,
haut dem den Scherben grad ins Gesicht.
Und durch die Wohnung ins Treppenhaus jagen
und hinterher mitm Brotmesser, sticht.
Der hat an der Tür das Bleirohr genommen,
schlägt zu übern Kopf zweimal quer.
Und dann hat alles voll Blut geschwommen.
Und im Krankenhaus lebten schon beide nicht mehr.

Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solln wir vergessen
die solln wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem
ist für einige,
aber nur für sehr wenige, nicht angenehm.

Der Tod der beiden Arbeitskollegen hat geschmerzt. Vor allem das Werk, dessen Angehörige sie waren. Es nützt dem Werk nämlich gar nichts, wenn gute Arbeitskräfte sich erschlagen und erstechen. Das muß auch mal gesagt werden. Und es gab eine Doppelbeerdigung. Und viele Werksangehörige zogen mit.

Und auf den zwei Särgen haben Kränze gelegen
und daran waren Schleifen und darauf stand:
Gedenken den treuen Arbeitskollegen
Betriebsrat und Firmen vorstand.
Und ein Direktor hat auch gesprochen
vom gemeinsamen Boot, das uns alle eint.
Aber das Leben ist Kampf, hat er paar Mal gerufen.
Aber Klassenkampf hat er wohl nicht gemeint.

Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solln wir vergessen
die solln wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem

ist für einige,
aber nur für sehr wenige, nicht angenehm.

Das war eine wahre Geschichte. Sie passierte Ende Januar 1970 in Westberlin. Nein, nicht an der Mauer. Das passierte mitten in West-berlin.

Weil die richtige Lösung von diesem Problem,
die solln wir vergessen
die solln wir vergessen,
weil die richtige Lösung von diesem Problem
ist für einige – nicht für die Krauses -,
nur für sehr wenige – für die Krupps undsoweiter -,
nicht angenehm.

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.
- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.